

Entschließungsantrag

der Bundesrät*innen Ingo Appé,
Genossinnen und Genossen
betreffend **die Erarbeitung geeigneter Strategien für Long-Covid-Patient*innen, die an
Ihren angestammten Arbeitsplatz so rasch als möglich zurückkehren wollen**

*Eingebracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 20. Jänner 2022
betreffend ein Bundesgesetz über die Impfpflicht gegen COVID-19 (COVID-19-
Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG) (2173/A).*

Die Krankheiten COVID-19 und insbesondere das daraus resultierende Long-Covid sind noch sehr junge und wenig erforschte Krankheiten. Geht es nach Meinung der meisten Expert*innen wird uns COVID-19 dauerhaft begleiten. Das heißt, wir müssen lernen, mit dieser Krankheit bestmöglich zu leben.

Ein wichtiger Baustein wird daher in Zukunft sowohl für Long-Covid Patient*innen als auch für Unternehmen sein, dass Long-Covid Patient*innen die Rückkehr an Ihren angestammten Arbeitsplatz so einfach wie möglich gestaltet wird. Dies wird zur Zeit versucht mit Teilzeitmodellen zu ermöglichen. Doch die Genesung von Long-Covid Patient*innen verläuft keineswegs stetig und linear, weshalb an einem Tag eine 100ige Belastung möglich sein kann, am zweiten ein Arbeiten aufgrund der Symptome jedoch unmöglich ist.

Deshalb ist eine Optimierung der Rückkehrstrategie an den angestammten Arbeitsplatz für Long-Covid Patient*innen besonders wichtig. Optimiert man diese Struktur anhand der bisherigen Erfahrungswerte, ergäbe sich daraus für Unternehmen und Patient*innen eine Win-Win-Situation.

Einerseits können dadurch die Unternehmen rascher auf ihr bewährtes Personal zurückgreifen, andererseits verringert sich die Anzahl jener Patient*innen die aufgrund einer Langzeiterkrankung gekündigt werden, oder ihren Job deshalb aufgeben müssen. Gerade für armutsgefährdete Patient*innen, aber auch Unternehmen die mit Fachkräftemangel kämpfen ist dies besonders wichtig.

Die unterfertigten Bundesrät*innen stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:


*„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sowie der Bundesminister für Arbeit werden aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesundheitskasse und den Sozialpartnern die Rückkehr für Long-Covid Patient*innen an ihren angestammten Arbeitsplatz zu optimieren.*

Deshalb sollen


- geeignete Studien beauftragt werden, die generell die wissenschaftliche Situation rund um Long-Covid Patient*innen in Österreich besser erforschen
- geeignete Studien beauftragt werden, die vor allem der Erforschung der Rückkehr von Long-Covid Patient*innen an den angestammten Arbeitsplatz dienen,

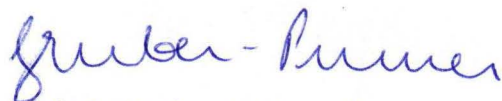
um daraus resultierend

- Verbesserungen für die Rückkehr von Long-Covid Patient*innen an den angestammten Arbeitsplatz herbeizuführen zu können
- Covid-19-Erkrankungen als Berufskrankheit bei Vorlage einer nachweislichen Ansteckung mit COVID-19 während der Berufsausübung anzuerkennen
- einen besseren Schutz von Arbeitnehmer*innen vor Kündigung bei Vorlage einer Berufskrankheit in Zusammenhang mit Covid-19 sicherzustellen.“


(APPÉ)


(SCHUMANN)


(HAHN)


(GRUBER-PRUNEX)


(GRIMLING)

